



Stadtparlament

9201 Gossau

www.stadtgossau.ch

info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2001 - 2004

26. Sitzung

Dienstag, 2. März 2004, 17.00 bis 21.00 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Ernst Ziegler (SVP)
Anwesend Stadtparlament	28 Mitglieder
Entschuldigt	Stefan Schmid, Erich Bubenhofer
Anwesend Stadtrat	6 Mitglieder
Entschuldigt	Helen Rutz

Traktanden

- 26.01 Voranschläge 2004 und Steuerfuss
- 26.02 Neue parlamentarische Vorstösse

Rücktritt Stadträtin Helen Rutz

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert über den sofortigen Rücktritt von Stadträtin Helen Rutz (FLiG).

26.01**Voranschläge 2004 und Steuerfuss**

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 4. Februar 2004 mit folgenden Anträgen:

1. *Der Voranschlag des Städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von 93'620 Franken und der Technischen Betriebe mit einem Ertragsüberschuss von 1'356'640 Franken für das Jahr 2004 werden genehmigt.*
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2004 werden wie folgt festgelegt:*
Gemeindesteuer 130 % (wie bisher)
Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)
3. *Die Feuerwehrabgabe wird nach kantonalem Tarif erhoben und beträgt höchstens 200 Franken.*

Eintretensdiskussion:

Paul Egger (CVP Präsident Geschäftsprüfungskommission) unterbreitet den Bericht der GPK:

Der Stadtrat hat die beiden Beschlüsse der Parlaments-Sitzung vom 2. Dezember 2003 umgesetzt und legt dem Parlament:

1. ein bereinigtes Budget vor, in dem Entsorgungswesen, öffentliche Beleuchtung und die Sportanlagen in den Rechnungskreis der Stadt integriert;
 2. um mindestens CHF 500'000 kürzere Ausgaben auszumachen sind.
 3. Zusätzlich sind im bereinigten Voranschlag neue Erkenntnisse enthalten, die Mehrerträge von CHF 558'300, einen erhöhten Steuerertrag von CHF 500'000 und Mindererträge von CHF 737'940 bringen werden.
- Der Stadtrat und die Mitarbeitenden haben diese Arbeit innert nützlicher Frist – korrekt und gut nachvollziehbar – bewerkstelligt und den Auftrag erfüllt. Dafür danke ich allen Beteiligten im Namen der GPK herzlich.

Auch die GPK ist eine zweite Runde gelaufen und hat die bereinigten Vorschläge seriös geprüft. Bereits beim ersten Budget haben wir einige Grundsatzbemerkungen angebracht, die für unsere Beurteilung der Voranschläge zentral und wichtig sind. Die GPK beschränkt sich nicht nur auf Einzelpositionen, sondern sucht immer die Gesamtsicht. Sie achtet auf Ausgewogenheit und berücksichtigt die Überlegungen des Stadtrates und versucht auch, die wirtschaftliche Nachhaltigkeit einzubeziehen.

Wir haben uns auch von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

- Gesetzmässigkeit
- Haushaltsgleichgewicht (die Vermögens- bzw. Verschuldungs-Situation und die Steuern sollten insgesamt eine faire und verlässliche Grösse bilden)
- Sparsamkeit
- Wirtschaftlichkeit
- Nachhaltigkeit der Investitionen
- die Verursacherfinanzierung bzw. des Verbotes der Zweckbindung der Hauptsteuern.

Hat sich die Budgetüberarbeitung gelohnt? Werden sich die rund 340 Arbeitsstunden und einigen hundert Franken für Papier und Kopien rechtfertigen? Und allenfalls wie? Ich glaube teilweise schon. Und zwar aus folgenden Gründen:

1. Bereits das Wissen, dass der Gestaltungsspielraum in einem Budget relativ klein ist, lässt hoffentlich da und dort eine andere Sichtweise einnehmen. Eine verschärfte mehrdimensionale Denke ist immer gut. Bei so genannten „Sparmassnahmen“ geht es letztlich fast nur um Leistungsverzicht oder –abbau, und diese Korrekturen betreffen fast nur betriebliche und bauliche Aspekte.
2. Das jetzige Budget ergab sicherlich da und dort neue Erkenntnisse und hoffentlich eine neue Denke für neue Prioritäten, und dass für kommende Budgetprozesse noch mehr optimiert und Strukturen noch mehr hinterfragt

werden können. Schliesslich ist mehr Transparenz ersichtlich. So gesehen, alles Werte die höher zu gewichten sind, als die Kosten, dieser zweiten Budgetrunde.

Die GPK stellt einstimmig die Anträge a bis h. Sie möchte diese Beträge wieder ins Budget einzustellen. Diese Anträge beziehen sich ausnahmslos auf verschobene Aufgaben oder Leistungsabbau. Die GPK ist klar der Auffassung, dass Aufgaben, die entweder gemacht werden müssen und/oder Sinn machen, auch unverzüglich erledigt werden. Dies betrifft u.a. den baulichen Unterhalt im Freibad und Arbeiten im Rahmen des GIS und der Richtplanung. Die Anträge i und k für Nichtkürzungen im Bereich des Stadtentwicklungskonzeptes und des Marketings gehören zusammen. Die beantragten Mittel betreffen die Zukunft von Gossau. Wir haben jetzt Handlungsbedarf; der Stadtrat hat dies erkannt – hindern wir ihn nicht dabei und geben ihm die Mittel dazu. Mit diesen Anträgen möchte die GPK auch den Stadtrat in die Pflicht nehmen. Er soll jetzt zügig weitermachen können und uns bald Resultate, Vorschläge zur Weiterentwicklung unserer Stadt vorlegen. Diese Pflicht möchte die GPK aber auch dem Parlament auferlegen.

Wir hatten bei der Prüfung des zweiten Budgets andeutungsweise Kenntnis von einem guten Rechnungsabschluss 2003. Wir uns mit dem Steuerfuss auseinandergesetzt. Wir wollten – bei stabilen Verhältnissen – vor allem die Anträge auf Nicht-Verschieben von Aufgaben stellen. Ich bitte Sie namens der GPK, unseren Anträgen zuzustimmen. Die GPK beantragt:

1. Eintreten

Die GPK beantragt, auf die überarbeiteten Voranschläge 2004 einzutreten.

2. Beschlussfassung

1. Die Voranschläge des städtischen Haushaltes und der Technischen Betriebe für das Jahr 2004 seien unter Berücksichtigung der aus dem Parlament überwiesenen Anträge sowie mit folgenden Änderungen zu genehmigen:

a) 1303.3151	Unterhalt Bühne Festmaterial	Verzicht auf Kürzung	1'500
b) 1330.3182	Parkanlagenplanung	Verzicht auf Kürzung	10'000
c) 1346.3141	Freibad baulicher Unterhalt	Verzicht auf Kürzung	63'700
d) 1621.3133	Strassenunterhalt Signalisierungen/Markierungen	Verzicht auf Kürzung	3'000
e) 1750.3141	Baulicher Unterhalt Gewässer	Verzicht auf Kürzung	4'500
f) 1770.3182	Grundwasserschutz	Verzicht auf Kürzung	18'000
g) 1770.3183	Projekte Ortsplanung, Richtplanung	Verzicht auf Kürzung	24'000
h) 1770.3184	GIS	Verzicht auf Kürzung	11'500
i) 1770.3185	Stadtentwicklungskonzept	Verzicht auf Kürzung	30'000
k) 1830.3186	Aktivitäten Stadtmarketing	Verzicht auf Kürzung	50'000

2. Der Steuerfuss für das Jahr 2004 sei auf 130 Prozent der einfachen Steuer festzusetzen.

3. Der Grundsteuersatz für das Jahr 2004 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.

4. Die Feuerwehrabgabe sei nach dem kantonalen Tarif zu erheben und soll höchstens 200.-- Franken betragen.

Ruedi Zingg (CVP) stellt fest, dass der Stadtrat die Aufträge umgesetzt hat. Die Überarbeitung des Budgets 2004 wird von der CVP-Fraktion als gelungen betrachtet, obwohl der Auftrag nicht überall ernst genommen wurde. Die Überarbeitung zeigt auch auf, dass das kurzfristige Sparpotential nicht überschätzt werden darf. Die CVP-Fraktion stellt sich grossmehrheitlich hinter die Anträge der GPK, mit Ausnahme der Anträge lit. b) und d). In Kenntnis des Rechnungsabschlusses 2002 hat sich die Fraktion mit der Festlegung des Steuerfusses auseinandergesetzt. Der Abschluss 2003 lässt aufhorchen. Bei diesem hocheffizienten Ergebnis muss der Steuerfuss ein Thema sein. Die Bürgerschaft will keine Steuern auf Vorrat bezahlen und die Stadt verfügt über eine Reserve von 12.3 Mio. Franken. Eine Reduktion des Steuerfusses um 3 Prozent ist damit für die nächsten Jahre verkraftbar. Nachdem wir heute die guten Ergebnisse der Rechnung 2003 kennen, können wir mit gutem Gewissen eine Reduktion des Steuerfusses auf 127 % der einfachen Staatssteuer beantragen. Die CVP-Fraktion beantragt:

Der Steuerfuss für das Jahr 2004 sei auf 127 % der einfachen Steuer festzulegen.

Benno Koller (SVP) stellt fest, dass das neue Budget um rund 1 Mio. Franken besser steht, als die Vorlage vom Dezember. Die SVP ist erfreut, dass einige ihrer Vorschläge im vorliegenden Budget berücksichtigt sind. Die SVP-Fraktion beantragt:

1. Eintreten

2. Die Steuersätze für das Jahr 2004 werden wie folgt festgelegt:

- Gemeindesteuer 125 % (neu)

- Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)

Hanspeter Fröhlich (FDP): Ziel der FDP ist, nicht mehr Ausgaben als Einnahmen zu planen. Obwohl die letzten wie auch das abgelaufene Jahr Überschüsse gebracht haben, dürfte sich dies künftig ändern. Der vom Stadtrat beantragte Voranschlag weist einen Aufwandüberschuss von rund 90'000 Franken aus. Über alles gesehen liegt ein ausgeglichenes Budget vor. Auch die FDP ist für tiefe Steuern. Zu Bedenken ist aber, dass Firmen und Private einen über längere Zeit konstanten Steuerfuss wünschen. Aber Gossau wird mit Sicherheit keine Steuerinsel bleiben.

Die FDP beantragt Eintreten.

Nicht gutgeheissen wird der Aktionismus der GPK, welche die richtigen Anträge des Stadtrates im Gesamtbetrag von über 200'000 Franken rückgängig machen will. Die Politik gehört in die Fraktionen und Parteien und nicht in die GPK.

Die FDP-Fraktion beantragt:

Aufwände für Stadtmarketing, Stadtentwicklungskonzept, Ortsplanung, Gossau plus und weiteres seien so bald als möglich, spätestens im Budget 2005, in einer Übersicht zusammen zu fassen.

Hildegard Manser (LdU): Die Motivation für die Budgetrückweisung im Dezember war unterschiedlich. Für uns ist nicht gespart oder gekürzt, wenn Ausgaben verschoben werden.

Die LdU/SP-Fraktion beantragt eintreten.

Paul Egger (GPK): Art. 77 Gemeindegesetz regelt die Aufgaben und Pflichten der GPK. Als vorberatende parlamentarische Kommission gehen ihre Anträge nicht in die richtige oder falsche Richtung.

Hubert Füllemann (FDP): Nimmt man das neue Budgetdefizit von rund 93'000 Franken als Massstab, ist der parlamentarische Auftrag erfüllt. Ein Vergleich der Voranschläge nach Neutralisierung der Aufgabenverschiebung der Technischen Betriebe ergibt einen Fehlbetrag von rund 547'000 Franken, womit der Auftrag auch auf den zweiten Blick erfüllt ist. Eine differenzierte Betrachtung zeigt, dass die meisten Einsparungen aber durch Verschieben und lediglich zu rund 165'000 Franken durch strukturelle Einsparungen und rund 60'000 Franken durch Leistungsabbau erreicht werden. So gesehen ist der Sparauftrag nicht erfüllt. Ich fordere den Stadtrat auf, nachzudenken wo die Aufwändungen für den Voranschlag 2005 strukturell gekürzt werden können.

Roman Weibel (FLiG): Die FLiG stellt fest, dass der Stadtrat alle Aufträge vom Dezember erfüllt hat. Die Budgetrückweisung brachte positive aber auch negative Auswirkungen. Erstaunlich ist, dass sogar der zurückgezogene Sparauftrag der SVP erfüllt worden ist. Gefreut hat die FLiG, dass der Stadtrat in der Bildung nicht gespart hat. Die Meinungen über Sinn und Unsinn der Budgetrückweisung gehen auseinander. Von den Befürwortern wurden diese als ernsthafter Sparwille gewertet. Zu den negativen Aspekten: Wegen der Rückweisung konnten 5'000 Franken für den Gossauer Ferienpass nicht ausgelöst werden. Ebenfalls musste ein fertiges Kinderprojekt von Gossau plus abgeblasen werden, welches 7500 Franken gekostet hätte.

Die FLiG betreibt realistische Finanzpolitik. Nachdem das hervorragende Rechnungsergebnis 2003 bekannt ist und mit Blick auf die Reserven ist eine moderate Steuerfuss-Senkung angebracht. Die FLiG beantragt:

Der Steuerfuss für das Jahr 2004 ist um 2 Prozentpunkte auf neu 128 % zu senken.

Trudi Weibel (FLiG): Der GPK waren die Rechnungsergebnisse 2003 bei der Budgetberatung annähernd bekannt. Trotzdem war eine Steuerreduktion für die Kommission kein Thema. Ich persönlich könnte einer Steuer-

fuss-Senkung nicht zustimmen, auch wenn die Forderung im Sinne eines positiven Signals vertretbar ist. Bei Umfragen über die Wahl des Wohnortes steht an erster Stelle nicht die Höhe des Steuerfusses sondern Lebensqualität, Schulen, Umfeld.

Claudia Meier-Uffer (FLiG): Dank der Rückweisung im Dezember 2003 haben wir jetzt ein beinahe ausgeglichenes Budget. Deshalb und angesichts des Rechnungsergebnisses 2003 verwundern die Steuersenkungsgelüste nicht. Wie das Ergebnis 2003 zu Stande gekommen ist, werden wir erst bei der Beratung der Rechnung 2003 erfahren. Eine Steuerreduktion um 3 Prozent bringt einem durchschnittlichen Haushalt nicht einmal 100 zusätzliche Franken im Jahr. Unternehmen müssen Wert auf Konstanz legen, um langfristig konkurrenzfähig zu bleiben. Können wir diese Senkung angesichts der bereits erwähnten Unsicherheiten auf längere Zeit garantieren?

Stadtpräsident Alex Brühwiler: Das Parlament hat den Stadtrat im Dezember beauftragt, einen Voranschlag mit 500'000 Franken tieferem Aufwandüberschuss und gleich bleibendem Steuerfuss vorzulegen. Die Reserven von 12 Mio. Franken können nur angegriffen werden durch Rechnungsdefizite. Wenn ein stabiler Steuerfuss in die nächsten Jahre angestrebt wird, müsste über die Jahre eine Ablieferung der Technischen Betriebe in den Städtischen Haushalt von 1.85 Mio. Franken ins Auge gefasst werden. Eine Steuerfuss-Reduktion um 3 Prozentpunkte würde im Voranschlag 2004 zu einem Defizit von rund einer Mio. Franken führen. Bezüglich Steuereinnahmen befinden wir uns in einer Übergangsphase und selbst der Kanton kann kaum verlässliche langfristige Vorhersagen machen. Der Stadtrat will die Finanzpolitik im Sinn der Leitsätze gestalten und einen stabilen Steuerfuss gewährleisten. Wenn Steuerfuss-Reduktionen beschlossen werden, müsste es das Ziel sein, mit den reduzierten Einnahmen über mehrere Jahre über die Runden zu kommen.

Bezüglich den Sparvorschlägen des Stadtrates gehen die Meinungen offenbar auseinander. Wenn heute vorgeworfen wird, die 500'000 Franken seien nicht erreicht, ist auf die verschiedenen deklarierten Positionen verwiesen, wo Sparen möglich wäre, der Stadtrat aber darauf verzichten will.

Der Stadtrat beantragt Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates.

Beschluss:

Das Eintreten auf das Budget 2004 wird einstimmig beschlossen.

Detailberatung Laufende Rechnung Stadthaushalt

Roman Weibel (FLiG) zu Konto 1040.3011: An der Budgetberatung im Dezember wurde eine faire Verteilung des Teuerungsausgleichs vorgeschlagen, welche vom Stadtrat nicht vorgesehen wird. Die FLiG beantragt:

- a) Jahreslöhne von über CHF 110'500 erhalten CHF 442 mehr Lohn.
- b) Jahreslöhne zwischen CHF 70'200 und CHF 110'500 erhalten einen Teuerungsausgleich von 0.4 %.
- c) Jahreslöhne von unter CHF 70'200 erhalten einen Teuerungsausgleich von 0.4 % plus anteilmässig den bei Ziff. a) eingesparten Betrag.
- d) Dieses Modell gilt für all jene Löhne, für die der Stadtrat die Gewährung des Teuerungsausgleiches vorgesehen hat.

Paul Egger (CVP) bekundet Verständnis für den Antrag, glaubt aber, dass die Verteilung des gewährten Teuerungsausgleiches Sache des Stadtrates ist.

Patrick Scheiwiler (CVP) versteht den Vorschlag als Reallohn-Erhöhung und –Abbau, nicht aber als Teuerungsausgleich.

Stadtpräsident Alex Brühwiler stellt fest, dass der Antrag im Widerspruch zum Personalreglement steht und daher unzulässig ist.

Alfred Zahner (FLiG) zeigt die Auswirkungen des Vorschlages für die Empfänger hoher Löhne sowie für Tieflohn-Empfänger auf.

Beschluss:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Albert Lehmann (CVP) zu **Konto 1041.3181**: CAD-Aufnahmen sind keine Kernaufgabe des Hochbauamtes und tragen nicht dazu bei, die personellen Kapazitätsengpässe zu reduzieren. Lehmann wünscht Detailinformationen.

Stadträtin Madeleine Stuker: Die Stadtverwaltung verfügt über CAD-Anlagen. Mit dem jüngst angestellten Mitarbeiter besteht nun das erforderliche Knowhow, um die Arbeiten im mutmasslichen Umfang der bisher externen Kosten intern zu erbringen.

Johnny Ochsner (CVP) zu **12170.31413**: Das Budget sieht 325'000 Franken zur Wiederherstellung des Untergeschosses Musikschulzentrum vor. Diese Ausgaben sind aus baufachtechnischer Sicht ein Verhältnisblödsinn. Da bereits auch die Aussenhülle sichtbare Schäden aufweist, erscheint eine sinnvolle Gesamtsanierung des Musikschulzentrums unumgänglich. Johnny Ochsner beantragt:
Die Budgetposition ist zu streichen. Eine Gesamtsanierung des Musikschulzentrums ist mit einer späteren, separaten Vorlag dem Parlament vorzulegen.

Schulpräsident Markus Sprenger: Die Sanierung war bereits im Budget 2003 vorgesehen, konnte aber leider nicht ausgeführt werden. Das Untergeschoss muss so wiederhergestellt werden, dass in den Obergeschossen sicher gearbeitet werden kann. Mitte März sollten erste Vorentscheide gefällt werden können, wie das Untergeschoss saniert und genutzt werden kann. Der Stadtrat will die Arbeiten rasch vorantreiben. Ein Streichen des Budgetbetrages hätte zur Folge, dass dieses Jahr kaum mehr mit den erforderlichen Arbeiten begonnen werden könnte. Ob die Mittel an der Säntisstrasse 6 oder andernorts investiert werden, ist heute nicht zu beantworten.

Beschluss:

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Antrag a) der GPK zu Konto 1303.3151:

Beschluss:

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Antrag b) der GPK zu Konto 1330.3182

Patrick Scheiwiler (CVP): Ich frage den Stadtrat, was durch die Streichung von CHF 10'000 aufgeschoben würde und was noch möglich ist.

Stadträtin Madeleine Stuker: Eine konkrete Aufzählung der Projekte muss nachgeliefert werden. Die Projekte werden nach Massgabe der zugestandenen Mittel ausgeführt.

Patrick Scheiwiler (CVP) bezeichnet seine Fragen als nicht beantwortet. Er beantragt, auf den Antrag der GPK nicht einzutreten.

Beschluss:

Der Antrag der GPK ist mehrheitlich abgelehnt.

Antrag c) der GPK zu Konto 1346.3141:

Patrick Scheiwiler (CVP): Wurde als Sanierungsmassnahme der Beach-Felder auch die kostengünstigere Sandwaschung abgeklärt und ist der Sand in einem so schlechten Zustand, dass er bereits nach fünf Jahren ausgetauscht werden muss?

Stadtrat Kurt Züblin: Das Sandwaschen ist bekannt; die Methode wird beim Vollzug geklärt und entschieden.

Ruedi Zingg (CVP): Der Stadtrat wird gebeten, im Fall einer Sandwaschung dies auch bei der Beach-Volleyball-Anlage in Arnegg vorzunehmen.

Beschluss:

Antrag c) der GPK wird mehrheitlich angenommen.

Erika Schweiss (LdU) zur Kontogruppe 1450: Auffallend ist die Erhöhung des Aufwandes um 76 % beim Krankenpflege-Verein. In Gossau betätigen sich drei Vereine in ähnlichen Aufgaben. Wäre ein Spitex-Verein Gossau nicht eine zukunftsweisende und Kosten sparende Lösung?

Stadtpräsident Alex Brühwiler: Bezüglich der Spitex-Organisation besteht Handlungsbedarf und sind auch bereits Gespräche geführt worden. Der Stadtrat ist aber zurückhaltend mit Druck auf die Vereine. Ob eine andere Organisation finanziell günstiger ist, kann heute nicht gesagt werden.

Marianne Federer (FLiG) zur Kontogruppe 1540: Der Pro Juventute-Ferienpass ermöglicht der Gossauer Jugend eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Letztes Jahr wurde der Anlass mit CHF 5000 unterstützt. Auf Grund der Budgetrückweisung wurde das Gesuch für 2004 abgelehnt. Deshalb beantragt die FLiG-Fraktion:

Im Konto 1540 sollen neu jährlich CHF 5000 für den Ferienpass der Pro Juventute Bezirk Gossau ins Budget aufgenommen werden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler präzisiert, dass bei einer Zustimmung der Betrag in die Kontogruppe 1541 eingestellt werden müsste.

Beschluss:

Der Antrag Federer wird mit 20 Ja, 5 Nein und 3 Enthaltungen angenommen.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) zu Konto 1541.3521: Die Erhöhung des Aufwandes um nur CHF 10'000 befriedigt mich nicht. Das Hortangebot soll auf 2004 ausgebaut werden. Im Budget ist dieser Wille nicht ersichtlich. Auf einen Antrag um Erhöhung des Betrages verzichte ich, appelliere aber an den Stadtrat, die versprochenen Angebots-Erweiterungen wirklich umzusetzen.

Schulpräsident Markus Sprenger: Im Budgetbetrag sind die zur Diskussion stehenden Angebotserweiterungen berücksichtigt. Wenn der Stadtrat zur Überzeugung kommt, dass zwei Mittagstische und die Erweiterungen des Tageshortes realisiert werden und mehr Mittel benötigen, können diese durch Nachtragskredite beschafft werden.

Antrag d) der GPK zu Konto 1621.3133:

Stadtrat Kurt Züblin beantragt, den Kürzungsantrag des Stadtrates zu belassen. Die Kürzung sei abgestimmt auf die personellen Kapazitäten und die Prioritätensetzung.

Paul Egger (GPK): Bei diesem Posten geht es nicht um eine Einsparung sondern eine Verschiebung. Das Personal für die Arbeit ist vorhanden und das Projekt soll rasch durchgezogen werden.

Beschluss:

Der Antrag d) der GPK wird mehrheitlich abgelehnt.

Alfred Zahner zu Konto 1730.3652: Das Projekt Lärmschutzdamm A1 wurde, trotz bewilligten Krediten, nicht voran getrieben. Es kann doch nicht sein, dass das Parlament zwei Jahre in Folge Mittel für die Planung bewilligt, der Stadtrat aber nicht aktiv wird. Warum wurden die Arbeiten 2002 und 2003 budgetiert und nicht ausgeführt? Wozu wurden CHF 8600 aufgewendet? Wann will der Stadtrat die Planung weiterführen?

Stadtpräsident Alex Brühwiler: Auf Grund von Gesprächen mit dem kantonalen Baudirektor gibt es derzeit keine Lösung. Es ist fraglich ob die Massnahme je realisiert werden kann. Erforderlich sind Verfahren auf den Ebenen Bund und Kanton. Konkretes Resultat von 25 Jahren Planung sind Erschliessungsverträge mit den betroffenen Grundeigentümern. Wofür die CHF 8600 verwendet wurden, müsste abgeklärt werden.

Antrag e) der GPK zu Konto 1750.3141:

Stadtrat Kurt Züblin beantragt gemäss Antrag des Stadtrates zu entscheiden.

Beschluss:

Der Antrag e) der GPK wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag f) der GPK zu Konto 1770.3182:

Stadträtin Madeleine Stuker: Die Massnahmen für den Schutz privater Grundwasserfassungen können nicht in dem von der GPK beantragten Umfang bearbeitet werden.

Patrick Scheiwiler (CVP) bittet den Stadtrat, künftig konkreter auf Grund der Kapazitäten zu budgetieren.

Beschluss:

Der Antrag f) der GPK wird abgelehnt.

Antrag g) der GPK zu Konto 1770.3183:

Thomas Hürlimann (CVP): Die CVP-Fraktion beantragt die Kürzung gemäss Antrag des Stadtrates.

Beschluss:

Der Antrag g) der GPK wird abgelehnt.

Antrag h) der GPK zu Konto 1770.3184:

Beschluss:

Der Antrag wird mit 13 Ja und 14 Nein abgelehnt.

Antrag i) der GPK zu Konto 1770.3185:

Beschluss:

Der Antrag wird mit 18 Ja und 10 Nein angenommen.

Antrag k) der GPK zu Konto 1830.3186:

Albert Lehmann (CVP): Der Stadtrat erwähnt, dass bezüglich Stadtmarketing aktiv werden muss. Die Gossauer Wirtschaft erwartet von der Stadt ein entsprechendes Engagement. Wenn wir es ernst meinen mit unseren Leitsätzen, ist auf die Kürzung der CHF 50'000 für das Stadtmarketing zu verzichten.

Benno Koller (SVP): Der Stadtrat hat eine Reduktion von CHF 100'000 auf CHF 50'000 vorgenommen. Wird das Stadtmarketing-Konzept in der vorliegenden Form überhaupt gewünscht. Die SVP ist der Meinung, dass mit CHF 150'000 zu hoch budgetiert worden ist. Die SVP-Fraktion wird nicht dem Antrag der GPK folgen.

Roland Seiler (SVP): Marketing ist ein Schlagwort, dass für viele Aktivitäten hinhalten muss. Der Stadtrat konnte den Budgetposten locker um einen Drittel kürzen. Dies wohl auch, weil er heute nicht sagen kann, wie er den Betrag konkret einsetzen könnte. Wirtschaftsförderung wäre vielleicht eine sinnvolle Massnahme eines Stadtmarketings. Eine Reduktion des Steuerfusses wäre Standortmarketing pur. Wenn sich das Gossauer Gewerbe den Luxus eines Wirtschaftsförderers nicht mehr leisten will, warum soll es dann der Steuerzahler? Lassen sie uns doch zuerst die Informationen der Beraterteams aus dem Stadtentwicklungskonzept auswerten und dann konkrete Massnahmen treffen. DA der Stadtrat bei diesem Posten sparen möchte und ich dies als sinnvoll erachte, ersuche ich, dem Antrag der GPK nicht zuzustimmen.

Albert Lehmann (CVP): Als selbständiger Unternehmer kommt es mir so vor, wie der Bauer, der keine Kartoffeln pflanzt, weil er von Anfang an wissen will, wie sie aussehen.

Hanspeter Fröhlich (FDP): Freie Marktwirtschaft und Staat passt für mich nicht zusammen. Staatliche Unterstützung ist mir als Liberaler ohnehin zuwider. Ich möchte dem Antrag des Stadtrates folgen.

Roman Weibel (FLiG) will in diesem Posten absolut nicht sparen. Gossau muss einen Schritt vorwärts machen, weil rundherum einiges läuft. Wenn der Stadtrat am Schluss das Geld nicht ausgibt, um so besser. Aber wenn sehr gute Ideen vorhanden sind, soll er die umsetzen können.

Beschlüsse:

Der Antrag k) der GPK wird mit 17 Ja, 9 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

Der Antrag der FDP "Aufwände für Stadtmarketing, Stadtentwicklungskonzept, Ortsplanung, Gossau plus und weiteres seien so bald als möglich, spätestens im Budget 2005, in einer Übersicht zusammenzufassen" wird mehrheitlich angenommen.

Ordnungsantrag gemäss Art. 26 Geschäftsreglement:

Auf Antrag des Präsidenten wird die Sitzung verlängert bis die traktandierten Geschäfte beraten sind.

Detailberatung Investitionsrechnung Stadthaushalt

Johnny Ochsner (CVP) zu **Konto 1217.5043:** Hier liege ein Budgetierungsfehler vor.

Schulpräsident Markus Sprenger bestätigt einen Übertragungsfehler aus der VRSG-Buchhaltung in die Vorlage. Der Betrag wird in der definitiven Version bereinigt.

Alfred Zahner (FLiG) zu **Konto 1610:** Er vergleicht verschiedene Massnahmen zur Verkehrsberuhigung in Gossau mit einfachen Massnahmen in der Gemeinde Goldach. Letztere seien ebenso ansprechend, wesentlich billiger und freundlicher für Verkehrsteilnehmer. Die FLiG-Fraktion hält die aufwändigen Massnahmen in Gossau angesichts der Spardiskussion für unangemessen. Der Stadtrat wird gebeten, solche Möglichkeiten künftig zu prüfen.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) zu Konto 1620.5010: Die Städelistrasse erschliesst die Wohnhäuser an dieser Strasse. Gemäss Norm der Schweizerischen Strassenfachleute sind für derartige Strassen weder separate Gehwege noch Anlagen für den Zweiradverkehr erforderlich sondern die Strasse könne als Mischverkehrsflächen gestaltet werden. Der geplante Ausbaustandard für CHF 154'000 ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu rechtfertigen. Ein Fuss- und Radweg könne erstellt werden, wenn die Strasse verlängert wird und mehr Verkehr erhält. Sie beantragt:

Der Kredit von CHF 154'000 für einen Fuss- und Radweg auf der Städelistrasse soll ersatzlos gestrichen werden.

Stadtrat Kurt Züblin: Der Fuss- und Radweg an der Städelistrasse wurde auf Antrag aus dem Quartier projektiert.

Ruedi Zingg (CVP): Die Idee für den Fuss- und Radweg stammt von mir. Ich bin Mitbesitzer eines Grundstückes an der Städelistrasse. Die Städelistrasse ist im östlichen Abschnitt im geplanten Standard ausgebaut, im westlichen Teilstück nicht. Über die Strasse führt ein rege genutzter Schulweg. Zudem dient die Strasse im westlichen Abschnitt der Erschliessung von Gewerbebetrieben. Der Ausbaustandard der Strasse war durch die Gemeinde Gossau beim Landerwerb mit den Käufern vereinbart worden. Für die Wohnbauten stehen 6 Abstellplätze zur Verfügung; die Folge davon ist, dass am Strassenrand parkiert wird, was den Gewerbeverkehr behindert. Der Ausbau der Strasse ist eine Konsequenz des Ausbaus im östlichen Teilstück.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) hält einen Schulweg auch mit dem Mischverkehr für gewährleistet. Die Parkiersituation müsste anderweitig gelöst werden.

Stadtrat Kurt Züblin: An der Städelistrasse werden Fahrtempi von Motorfahrzeugen registriert, die das Vorhaben rechtfertigen.

Kurt Rindlisbacher (FDP): Die Büelstrasse führt von der Beda- zur Talstrasse. Sie soll zur Erhöhung der Sicherheit mit einem Gehbereich ergänzt werden, weil es sich um einen Schulweg handelt. Diese Drittklass-Gemeindestrasse ohne Deckbelag erschliesst drei Liegenschaften und dient dem landwirtschaftlichen Verkehr. Wenn hier ein Trottoir gebaut wird, frage ich welche Strassen noch sicher sind für Kinder. Direkt betroffene Anwohner sind sehr erstaunt über das Vorhaben und bezweifeln die Zweckmässigkeit eines Trottoirs. Die Wintersicherheit lässt sich durch Schneeräumung oder Splitten sicherstellen. Er beantragt:

Auf den Anbau eines Gehbereichs an der Büelstrasse sei zu verzichten und der entsprechende Kredit von CHF 196'000 sei zu streichen.

Stadtrat Kurt Züblin: Der Budgetposten basiert auf einem Antrag der Strassenkorporation Büel, der mit der Verbesserung der Sicherheit begründet ist.

Theres Jaggi (FLiG) unterstützt den Antrag Rindlisbacher. Auch die FLiG hält dieses Vorhaben nicht für notwendig. Der Autoverkehr auf dieser Strasse ist gering; die Schulkinder benützen die Strasse auf ihrer ganzen Breite und zwingen die Autos zum Schrittempo. Sobald das Strassenstück ausgebaut ist, könnte die Büelstrasse vermehrt als Schleichweg missbraucht werden. Sie beantragt:

Die FLiG-Fraktion beantragt den Kredit von CHF 196'000 für den Ausbau des Teilstücks Büelstrasse zu streichen.

Benno Koller (SVP): Bisher wurden Massnahmen zur Verkehrsberuhigung mit unverhältnismässigem Aufwand realisiert und lösen heftige Diskussionen aus. Die SVP beantragt:

Die Position von CHF 100'000 für Verkehrsberuhigungsmassnahmen zu streichen. Sofern aufwändige Massnahmen zur Verkehrsberuhigung erforderlich sind, soll der Stadtrat eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Roman Weibel (FLiG) ist überrascht von der Reaktion von Kurt Züblin. Die FLiG nimmt die Sicherheit der Schulkinder sicher nicht auf die leichte Schulter. Aber der Sicherheitsgedanke darf nicht dazu führen, dass überall derartige Massnahmen ergriffen werden. Verkehrsberuhigung ist sinnvoll – wenn nur die Höhe der Ausgaben stört, erstaunt der Antrag auf Rückweisung des gesamten Budgetpostens.

Paul Egger (CVP) hält das Parlament für abstimmungsreif.

Hans Ulrich Rusch (SVP): Die Arbeit am Konzept für flächendeckende Verkehrsberuhigungs-Massnahmen soll integriert werden in die Gedanken der Stadtentwicklung. Es ist davon auszugehen, dass wegen der Konzeptarbeit noch keine Massnahmen realisiert werden können. Es ist zu verhindern, dass heute nicht benötigte Investitionskredite auf Vorrat abgesegnet werden.

Stadtrat Kurt Züblin verweist auf Ziel 1.2 der Leitsätze der Stadtentwicklung. Der Stadtrat wird an der Umsetzung gemessen. Es ist zutreffend, dass ein Konzept für flächendeckende Beruhigungsmassnahmen erarbeitet werden soll. Dieses muss vom Stadtrat verabschiedet und von den Anwohnern akzeptiert werden. Der Stadtrat spricht Beruhigungsmassnahmen jeweils mit den direkt Betroffenen ab. Wenn der gesamte Betrag gestrichen wird, muss sich der Stadtrat dieses Jahr nicht mehr mit dem Thema befassen.

Beschlüsse:

- Der Antrag Meier-Uffer zur Städelistrasse wird bei 14 Ja und 14 Nein mit dem Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.
- Die identischen Anträge Jaggi und Rindlisbacher zur Büelstrasse werden einstimmig angenommen.
- Der Antrag der SVP-Fraktion zu den Verkehrsberuhigungs-Massnahmen wird mehrheitlich abgelehnt.

Patrick Scheiwiler (CVP): 2003 wurden von den bewilligten 18 Mio. Franken nur rund 8 Mio. Franken investiert. Ich bitte den Stadtrat, 2004 nicht wieder nur einen geringen Teil der bewilligten Investitionen zu realisieren.

Detailberatung Laufende Rechnung Technische Betriebe

Es werden keine Diskussion geführt oder Anträge gestellt.

Detailberatung Investitionsrechnung Technische Betriebe

Es werden keine Diskussion geführt oder Anträge gestellt.

Diskussion Finanzplan

Zum Finanzplan wird die Diskussion nicht gewünscht.

Schlussabstimmung Budget 2004:

In der Schlussabstimmung stehen sich folgende Anträge gegenüber:

Anträge der Geschäftsprüfungskommission:

1. *Die Voranschläge des städtischen Haushaltes und der Technischen Betriebe für das Jahr 2004 seien unter Berücksichtigung der aus dem Parlament überwiesenen Anträge zu genehmigen.*
2. *Der Steuerfuss für das Jahr 2004 sei auf 130 Prozent der einfachen Steuer festzusetzen.*
3. *Der Grundsteuersatz für das Jahr 2004 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.*
4. *Die Feuerwehrabgabe sei nach dem kantonalen Tarif zu erheben und soll höchstens 200.-- Franken betragen.*

Gegen-Antrag der CVP-Fraktion zu Ziffer 2:

Der Steuerfuss für das Jahr 2004 sei auf 127 % der einfachen Steuer festzulegen.

Gegen-Antrag der SVP-Fraktion zu Ziffer 2:

Die Steuersätze für das Jahr 2004 werden wie folgt festgelegt Gemeindesteuer 125 % (neu).

Gegen-Antrag der FLiG-Fraktion zu Ziffer 2:

Der Steuerfuss für das Jahr 2004 ist um 2 Prozentpunkte auf neu 128 % zu senken.

Beschluss:

Antrag 1 GPK wird einstimmig genehmigt.

Gegenüberstellung Antrag CVP zu Antrag SVP zu Ziffer 2: Dem Antrag der CVP wird mehrheitlich zugestimmt.

Gegenüberstellung Antrag CVP zu Antrag FLiG zu Ziffer 2: Der Antrag der CVP erhält 17 Stimmen.

Gegenüberstellung Antrag CVP zum Antrag der GPK zu Ziffer 2: Der Antrag der CVP wird mit 18 Stimmen angenommen.

Anträge 3 und 4 der GPK werden einstimmig angenommen.

26.02

Neue parlamantarische Vorstösse

Interpellation Alfred Zahner (FLiG): Zwischenbericht zur laufenden Rechnung

Interpellation Roman Weibel (FLiG): Oberdorf für Lastwagen schliessen

Dieses Protokoll wurde vom Präsidium am 17. März 2004 in Zirkulation genehmigt.

Ernst Ziegler
Präsident

Urs Salzmann
Stadtschreiber-Stv.